

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Susann Enders

Abg. Doris Rauscher

Abg. Dr. Marcel Huber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Kerstin Celina

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es kommt nun noch zum gemeinsamen Aufruf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Pflege zukunftsfest ausgestalten - ein allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag für die Pflege (Drs. 18/15549)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD)

Bessere Bezahlung statt Applaus - Zustimmung zum "Pflege-Tariftreue-Gesetz" (Drs. 18/15572)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte noch einmal um etwas mehr Ruhe im Saal. Ich erteile dann der Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist beschämend: Seit Jahren und Jahrzehnten muss die Pflege um Anerkennung, um gute Löhne, um gute Ausstattung und – ich muss es so sagen – gegen Ausbeutung kämpfen. Ich selbst habe jahrzehntelang aktiv im Gesundheitswesen gearbeitet. Ich kenne diese Branche und kann nur sagen, dass die Lobby für die Pflege jetzt endlich stärker werden muss. Beschämend ist es auch, dass die Bundesregierung es bisher nicht hinbekommen hat, trotz Versuchen wirklich für die Pflege einzutreten. Doch was wir erkennen müssen, sind die harten Lehren der Corona-Pandemie. Diese hat uns gezeigt, was wir seit Jahrzehnten wissen, aber niemand so richtig ausgesprochen hat, bis Corona kam: Pflege ist systemrelevant.

Daher wollen wir mit unserem Antrag die überragenden Leistungen unserer Pflegekräfte für die Gesellschaft herausstellen und fordern von allen Tarifparteien den Abschluss eines Tarifvertrags für die Pflege – jetzt endlich –,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, der sich nicht nur am Mindestlohn entlang hangelt.

Nachdem der Deutsche Caritasverband im Februar einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege abgelehnt hat, ist eine Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nicht zulässig, und es gelten für viele Beschäftigte in der Pflege keine tarifvertraglichen Regelungen, sondern allein der Branchenmindestlohn.

Für uns steht fest: Pflege darf nicht einfach dem System unterworfen werden. Es braucht für die Pflege eine gesellschaftliche Regel. Ein neuer Anlauf muss her, um Rahmenbedingungen in der Pflege und vor allem auch die Entlohnung zu verbessern. Neben der dringend notwendigen Reform der Pflegeversicherung und deren Finanzierung ist weiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auch auf einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag für die Pflege hinzuwirken. Pflege braucht uns als Lobby; denn was vom Bund bisher kam – damit bin ich wieder am Anfang meiner Ausführungen –, ist und bleibt beschämend.

Im "SPIEGEL" wird unter der Zwischenüberschrift "Koalitionsvertrag sah bereits flächendeckende Tarifverträge vor" Bundesminister Heil zitiert:

Es sei "nicht gelungen, Arbeitsbedingungen und Bezahlung spürbar zu verbessern". Bessere Löhne würden dafür sorgen, "dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen".

– Prima. Und nun? Was bleibt dann für die Pflege? – Keine Veränderung.

Mir fehlen die Worte. Die Bundesregierung müsste täglich für die Pflege kämpfen, täglich Tarifparteien überzeugen. Wenn sie das nicht für nötig hält, dann machen wir als FREIE WÄHLER das eben jetzt von hier, von Bayern aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag – und zwar jetzt, jetzt, wo Corona uns noch wehtut, wo uns Corona noch zeigt, was seit Jahren übersehen wurde! Ich empfehle Ablehnung des Nachziehers der SPD. Aus dem Vorstoß von Minister Heil ist nicht ersichtlich, welcher Tarifvertrag Grundlage sein soll. Wenn nämlich lediglich die ortsüblichen Tarife gelten sollen, dann wäre die Lösung, die Sie hier in Ihrem Nachzieher heute fordern, zum Beispiel für Regionen mit tariflichen Vereinbarungen keine bessere Lösung. Spahn hingegen zielt auf Versorgungsverträge nur mit Pflegeeinrichtungen ab, die nach Tarifvertrag zahlen sollen.

Sie sind sich als SPD und Union im Bund nicht darüber einig, wohin die Reise gehen soll. Ich werde den Teufel tun und mich von Bayern aus in die Bundeskoalitionsknatschgeschichten einmischen. Wir empfehlen daher Ablehnung. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag zur Pflege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Doris Rauscher für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Rauscher, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Schönen Dank, Herr Präsident, fürs Wort. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für den heutigen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zu einem durchaus grundlegend wichtigen Thema: Vom Klatschen, vom Lob, von warmen Worten und vom Dank allein können sich Pflegekräfte noch lang kein Essen kaufen und auch keine Miete bezahlen. Es braucht gute Löhne; absolut richtig. Es braucht Löhne, die den Wert der Leistungen, die Verantwortung, die hohe Bedeutung der Arbeit und den großen Stellenwert von Pflegekräften in unserer Gesellschaft widerspiegeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, denn wenn nicht jetzt zu Corona-Zeiten, wann denn dann? – Liebe FREIE WÄHLER, deshalb reicht Ihr Antrag bei Weitem nicht aus. Er hat reinen Symbolcharakter. Deshalb tun wir uns als SPD-Landtagsfraktion wirklich sehr schwer, diesem dünnen Antrag zuzustimmen. Das ist sehr schade, aber der Antrag ist sehr dünn. Ich würde mir von Ihnen als an der Regierung beteiligte Fraktion auch auf Landesebene wünschen, dass Sie mal etwas kraftvoller mit dem Thema Verbesserung der Bedingungen in der Pflege umgehen würden.

(Beifall bei der SPD)

Gespräche und Verhandlungen sind tatsächlich gerade jüngst leider ins Leere gelaufen. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrags – ich darf ja die Maske abnehmen; man spürt sie auf der Nase fast gar nicht mehr – ist ins Leere gelaufen. Das wissen wir alle. Frau Kollegin, das ist trotz der großen Bemühungen der Verantwortlichen auf Bundesebene so.

Die Leidtragenden sind bundesweit rund 600.000 Pflegekräfte, viele davon auch in Bayern. Das entspricht etwa der Hälfte aller in der Altenpflege Tätigen. Kolleginnen und Kollegen, Klatschen für die Pflegekräfte reicht nicht mehr. Reine Appelle an die Tarifparteien reichen aber auch nicht. Stattdessen braucht es endlich handfestes Engagement. Heil liefert erneut. Heil wird auf Bundesebene aktiv. – Und Sie lehnen ab.

Lassen Sie uns endlich – wie man so schön sagt – Butter bei die Fische geben und dem Gesetzentwurf von Hubertus Heil Rückenwind verleihen,

(Beifall bei der SPD)

Rückenwind für ein Pflege-Tariftreue-Gesetz! – Es macht Tariflöhne zur Grundbedingung für Abrechnungen mit der Pflegeversicherung. Keine Leistungen für Arbeitgeber, die Dumpinglöhne bezahlen – als Teil einer Aufwertung des Pflegeberufs und einer Steigerung der Attraktivität! Guter Lohn für gute Arbeit, Löhne auf Tarifniveau – das fordern wir als SPD, und wir fordern das schon sehr lange.

Das Gesetz von Hubertus Heil ist ein Weg, der genau dorthin führt. Auch Pflegekräfte in Bayern werden von Hubertus Heils neuem Gesetz mit einem Plus von über 300 Euro im Monat profitieren. Wie ich finde, ist das ein guter Grund, um das Gesetz im Bund zu unterstützen.

Von einem Plus auf der Gehaltsabrechnung profitieren da vor allem Frauen. Sie machen nämlich 80 % unserer Pflegenden aus. Gerade ihnen würde das auch langfristig helfen: Wer mehr in die Rentenkasse einzahlt, bekommt im Alter auch mehr zum Leben.

Wir alle hier wissen, wie groß der Fachkräftemangel in der Pflege bereits ist. Die Prognosen für die nahe Zukunft sind absolut düster. Umso wichtiger ist es, dass dieser Beruf neben besseren Arbeitsbedingungen auch mit einer guten Bezahlung verknüpft wird.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns nicht nur reden! Lassen Sie es uns tun! Vorschläge auch meiner SPD-Landtagsfraktion gab es auf Landesebene mehr als genug: attraktivere Bedingungen in der Ausbildung, unter anderem bessere Praxisanleitung; verlässliche Personalbemessung in allen Bereichen; flexiblere Arbeitszeitgestaltung für mehr Familienfreundlichkeit; gesetzlicher Anspruch von Arbeitnehmerinnen auf Weiterbildung; betriebliches Gesundheitsmanagement und mehr.

Die Zeit der Appelle muss vorbei sein. Wir haben nicht mehr den Spielraum, der es uns erlauben würde, nicht konkret zu werden. Deshalb: Unterstützen Sie mit uns gemeinsam den Entwurf des Pflege-Tariffreue-Gesetzes des Bundesarbeitsministers! Lassen Sie uns die Zügel anziehen! Schluss mit reinen Appellen! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Marcel Huber für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie hat weltweit katastrophale Ausmaße. Sie ist etwas Fürchterliches, hat aber doch irgendwo etwas Gutes. Und wenn es nur das ist, dass jetzt einem großen Teil der Bevölkerung klar geworden ist, dass Pflegekräfte Großartiges leisten.

Die Bilder von Intensivstationen, von Allgemeinstationen in Krankenhäusern, aber eben auch von Alten- und Behindertenheimen kommen jeden Tag im Fernsehen und berühren – zumindest mich – zutiefst. Klar ist auch geworden, dass Pflegekräfte systemrelevant sind. Man merkt aber jetzt auch richtig, dass die Pflege insgesamt unter Fachkräftemangel leidet.

Von den 13.000 neuen Stellen in der Pflege, die in der letzten Legislaturperiode vom Bundesgesundheitsminister auf den Weg gebracht worden sind, sind erst ganz wenige besetzt, weil dieser Beruf anscheinend so unattraktiv ist. Was ist der Grund dafür? Woran liegt das? – Die Arbeitsbedingungen sind schwierig: Hierzu zählen Arbeit im Schichtbetrieb, die psychische Belastung – gerade jetzt in der Corona-Krise, wo so viele Menschen auf den Stationen sterben – und viele Überstunden. Das ist aber auch in anderen Berufen nicht bedeutend anders. Der entscheidende Punkt ist die schlechte Bezahlung; hier sind wir uns mit den beiden Vorrednerinnen sicherlich einig. Frau Rauscher, Sie haben recht: Von Beifall allein kann man in einem Ballungsraum keine Miete zahlen.

Wenn man jetzt also mehr junge Menschen dazu bringen will, diesen zweifellos erfüllenden Beruf zu ergreifen, dann muss man sich auf den Weg machen, die Attraktivität zu steigern. Es geht um Schaffung von Wertschätzung in der Bevölkerung; das ist jetzt durch Corona ein Stück weit passiert. Das ist wichtig, reicht aber natürlich nicht aus.

Ein anderer Weg ist, den Beruf flexibler zu machen. Dazu muss man wissen, dass die Verweildauer in manchen Pflegeberufen nur sechs bis acht Jahre beträgt; dann wird der Beruf gewechselt. Diese Flexibilität ist durch die Schaffung einer generalistischen Pflegeausbildung auf den Weg gebracht worden, bei der es möglich ist, zwischen den Sparten zu wechseln. Das ist allein schon deswegen sinnvoll, weil gerade die Altenpflege immer mehr medizinisch geprägt ist.

Es sind auch zahlreiche anderweitige Verbesserungen auf den Weg gebracht worden. Allein aus dem Arbeitskreis "Gesundheit und Pflege" sind in der letzten Legislaturperiode viele Projekte auf den Weg gebracht worden, die auch zu Landtagsbeschlüssen – zwanzig an der Zahl – geführt haben. Wir sind uns aber darüber einig, dass eine angemessene Bezahlung immer noch fehlt. Es ist einfach kein Dauerzustand, dass viele Beschäftigte in der Pflege nur den Branchenmindestlohn bekommen, weil es keinen allgemeinverbindlichen Tariflohn gibt. Auf die Lösung dieser Situation müssen wir uns jetzt zubewegen.

Es gilt, jetzt einen ganz schwierigen Spagat hinzukriegen – hier wird es interessant. Wir müssen einen Spagat zwischen der Belastung der zu Pflegenden und deren Familien auf der einen Seite und einer angemessenen Bezahlung der Pflege auf der anderen Seite hinkriegen. Das ist der Grund dafür, dass wir von der CSU uns dem Antrag der FREIEN WÄHLER anschließen; denn wir wollen auch feststellen, dass Pflegekräfte eine überragende Leistung erbringen und dass die Pflege einen hohen Stellenwert für uns alle hat. Wir schließen uns auch Ihrem Appell an die Tarifparteien an, endlich einen Tarifvertrag abzuschließen, der für allgemeinverbindlich erklärt werden kann.

Der Nachzieher der SPD verweist auf eine Gesetzesinitiative des Bundesministers Hubertus Heil. Sie haben schon von der Differenz der beiden Koalitionspartner in Berlin gesprochen. Ich möchte an dieser Stelle schon noch einmal erwähnen, dass der Bundesgesundheitsminister Spahn seit Monaten die Einführung einer verpflichtenden Bezahlung der Langzeitpflege nach Tarif fordert. Er will dies mit einer grundlegenden Pflegereform tun, um eben Pflegebedürftige vor finanzieller Überlastung zu schützen.

Davon haben Sie heute nämlich nicht gesprochen. Bislang gibt es keine Einigung, aber das ist zwischen Koalitionspartnern ja keine Seltenheit. Das gibt es auch in anderen Ländern.

Bisher gibt es keine Einigung über notwendige Steuerzuschüsse, um eben die zu Pflegenden und diejenigen, die diese Pflege bezahlen, einigermaßen zu entlasten. Es geht immerhin um eine Summe von 5 Milliarden Euro. Es ist einfach nicht korrekt, so zu tun, als gäbe es den Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Spahn für eine grundlegende Pflegereform nicht. Wir dürfen Pflegebedürftige nicht zu Verlierern der Corona-Krise machen. Ich ziehe deswegen den Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Spahn vor, der die Pflegebedürftigen einseitig vor Überlastung schützt, so wie bei dem Vorschlag von Hubertus Heil. Aus diesem Grund werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Huber. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kerstin Celina für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Anträge der FREIEN WÄHLER und der SPD kommen passend zum Tag der Pflegenden am 12. Mai. An diesem Tag der Pflegenden muss sich in diesem Jahr endlich etwas bewegen. Nach mehr als einem Jahr Corona sind die Pflegenden in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen und zu Hause ausgebrannt und ausgelaugt. Denn die meisten Menschen werden, solange es geht, zu Hause gepflegt; das dürfen wir nicht vergessen. Gesungenen Dank und virtuelles warmes Händeschütteln haben die Pflegenden genug bekommen. Jetzt geht es darum, die Bezahlung der Pflegekräfte zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen der Kranken-, der Seniorinnen- und Senioren- und der Behindertenpflege konkret zu verbessern und auch die Pflegenden zu Hause zu unterstützen.

Weniger als die Hälfte der 1,2 Millionen Beschäftigten in der Altenpflege fallen überhaupt unter einen Tarifvertrag. Wir brauchen Lohnuntergrenzen. Wir befürworten einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag. Diesen Punkt greifen Sie in Ihren Anträgen auf, die anderen Punkte aber leider nicht. Der Punkt eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrags ist wichtig, greift aber alleine zu kurz.

Die Pflege pflegebedürftiger Menschen ist oft schlecht bezahlt. Das liegt oft auch daran, dass viele Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen nicht tarifgebunden sind. Deswegen gilt: Um hier zu einer besseren Bezahlung zu kommen, ist es natürlich sinnvoll, einen Tarifvertrag verbindlich auf eine ganze Branche zu erstrecken. Er sollte sich in der Sozialpartnerschaft begründen und die Belange der kirchlichen Träger angemessen berücksichtigen. Wichtig ist natürlich, dass die Tarifvertragsparteien die erweiterten Möglichkeiten aktiv nutzen, aber für die eklatante Unterbezahlung, die auch ein Grund für den Fachkräftemangel in der Branche ist – Stichwort: Pflegenotstand –, haben wir kein Verständnis mehr. Was Sie fordern, sieht auf den ersten Blick gut aus. Aber ohne eine umfassende Pflegereform kommt es zu höheren Kosten, und ich frage Sie, ob Sie den Menschen mit Pflegebedarf diese höheren Kosten aufbürden wollen. Wenn die Tarifbindung kommt, dann muss gleichzeitig eine Deckelung der Eigenanteile folgen. Dazu sagen Sie aber nichts.

Nächster Kritikpunkt: Wenn lediglich ortsübliche Tarife eingehalten werden müssen, dann haben wir wenig gewonnen. Wir GRÜNE wollen mehr für die Pflege erreichen. Wir wollen die Einführung einer bundesweit einheitlichen Personalbemessung. Wir wollen endlich eine Pflegekammer mit entsprechenden Einflussmöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene. Um Pflege für Berufseinsteiger*innen und Neueinsteiger attraktiver zu machen, müssen wir endlich die hohe Professionalität, die vielen verschiedenen Einsatzfelder und die Weiterentwicklungschancen in den Vordergrund stellen. Ich will endlich einen Meisterbonus. Ich will, dass medizinische und pflegerische Versorgung Hand in Hand gehen, auf Augenhöhe miteinander arbeiten und auch so wahrgenommen werden; denn genau dadurch steigt die Attraktivität des Pflegeberufs.

Was die Pflegenden zu Hause angeht: Wir müssen auch für sie die Unterstützungsangebote endlich breiter aufstellen; denn auch die Pflegenden stammen aus allen Altersstufen. Die 70-Jährigen pflegen die 95-Jährigen, die Vollberufstätigen müssen Pflege organisieren, aufteilen und koordinieren, zum Beispiel unter Geschwistern für die Eltern, und die Kinder und Jugendlichen, die sogenannten Young Carer, pflegen zu Hause die behinderten Geschwister, die Großeltern und Eltern mit einer akuten oder schweren Erkrankung. Für sie fehlt jegliches Angebot. Sie sind in der Familie völlig überlastet und haben keinen konkreten Ansprechpartner.

Zusammengefasst: Der Tag der Pflegenden, der nächste Woche stattfindet, war für Sie der Ausgangspunkt, weshalb Sie diese Anträge gestellt haben. Dieser Tag bietet die Chance, unseren Blick auf die vielen verschiedenen Formen der Pflege zu weiten. Es gibt viele Ansätze, den Pflegenden nicht nur zu danken, sondern ihnen eine konkrete Anerkennung zu bieten. Wir stimmen Ihren Dringlichkeitsanträgen zu. Sie sind jedoch nur ein kleiner Bruchteil der Lösung eines riesigen Problems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Roland Magerl von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da musste erst Corona ums Eck kommen, dass man bei den Pflegekräften aufwacht und diese respektiert. Das ist eigentlich traurig. Von diesem dauernden Wir-danken-für-Ihr-Engagement-Geschwurbel kann sich niemand etwas kaufen. Als langjähriger Betriebsratsvorsitzender sage ich ganz klar Ja zu einem Tarifvertrag, der dafür sorgt, dass die Pflegekräfte leistungsgerecht und vor allem fair bezahlt werden.

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie aber in der Begründung die Caritas vorgeschoben haben, ist ein wenig dreist und eindimensional gedacht. Wer bessere Bedingungen schaffen will, muss ganz vorne anfangen, nämlich bei der Frage, was uns als Gesellschaft die Pflege wert ist. Sollen unsere Eltern und Großeltern ein Wirtschaftsfaktor sein, bei dem die Pflegeversicherung gerade so viel zahlt, dass es nur zum Dahinvegetieren reicht, oder wollen wir eine würdige Pflege und diese auch angemessen bezahlen?

Hier geht es nicht nur um Gehälter. Es geht auch um viel zu wenig Personal, um Bürokratie und Dokumentationswahnsinn neben dem Pflegebett, um Sozialgesetze, bei denen mancher Jurist nicht mehr durchblickt, um einen Prüfwahn und am Ende darum, was eine Altenpflegekraft darf und was sie verdient. Mit der Generalistik wird ohnehin bald eine Personalnot in der Altenpflege einziehen. Davon sind wir überzeugt. Deswegen lehnen wir die Generalistik auch ab. All die vielen pflegenden Angehörigen würden von einem Tarifvertrag alleine nicht profitieren. Dazu gehört mehr. Wir als Politik müssen diesen Leuten endlich eine Stimme geben, damit schonungslos aufgearbeitet werden kann, wo es hakt.

Zu Ihrem Antrag: Ja, es braucht eine faire Bezahlung. Das gilt für die Pflege genauso wie für andere Berufe auch. Von daher sollten wir uns endlich die Frage stellen: Was ist uns die Pflege als Gesellschaft wert? Lassen Sie uns diese Frage mit Pflegern, mit Betreibern, mit Ethikern und Betroffenen diskutieren. Würden Sie das Thema wirklich ernst nehmen, hätten Sie eigentlich eine Enquete-Kommission beantragen müssen. Dort werden aber die Finger in die Wunden gelegt, und Kritikfähigkeit ist bei Regierungsparteien bekanntlich eher nicht vorhanden.

Zum Schluss: Gehen Sie die Themen Pflege und Daseinsvorsorge in Bayern endlich ganzheitlich an. Nur das ist der richtige Weg in die Zukunft. Wir lehnen Ihr Danksagungsgeschwurbel, das der Caritas die Schuld in die Schuhe schiebt, deshalb als nicht hilfreich ab.

Das Anliegen des Dringlichkeitsantrags der SPD wurde laut dem gestrigen "Deutschen Ärzteblatt" von Jens Spahn auf den Weg gebracht und soll schnellstmöglich umgesetzt werden. Hier tut ein Anschub bestimmt sehr gut. Da hier aber auch der ganzheitliche Ansatz fehlt, werden wir uns zum Dringlichkeitsantrag der SPD der Stimme enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Frau Enders, Sie reihen sich mit Ihrem Dringlichkeitsantrag in die Riege derer ein, die applaudieren. In einem Punkt sind wir uns aber alle einig: Die Pflegekräfte in unserem Land verdienen mehr. Sie verdienen mehr Anerkennung, sie verdienen mehr Wertschätzung, sie verdienen so viel mehr in vielen Bereichen. Aber dazu später.

Wir müssen die Pflegekräfte wieder dazu befähigen, die Dinge zu tun, für die sie ihren Beruf gewählt haben und wofür sie ihn lieben. An diesem Wunsch der Pflege muss die Politik die Rahmenbedingungen ausrichten. Für uns Liberale bedeutet dies, dass die pflegerische Tätigkeit leistungsgerecht entlohnt werden muss. Die Entlohnung ist aber nur eine Stellschraube in dem Gewinde des sich stetig drehenden Reformbedarfs. Die Arbeitsbedingungen treiben immer mehr Pflegekräfte aus dem Job, und die Corona-Pandemie hat bei vielen die innerliche Abkehr von ihrem Traumberuf noch verstärkt.

Die Pflegebranche hat in den letzten Monaten auf eindrucksvolle Weise bewiesen, wie leistungsfähig und belastbar, aber vor allem wie wichtig sie für ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Wir von der FDP stehen für eine bessere Bezahlung, aber auch für eine sozialpartnerschaftliche Lösung. Die Frage der Refinanzierung muss geklärt werden. Wir stehen für ein Konzept der Finanzierung, das nicht nur aus den Pflegebeiträgen und den Kostenbeiträgen der Angehörigen besteht.

Seit 2008 gibt es eine paritätisch besetzte Kommission, die den Mindestlohn in der Altenpflege festlegt. Der ordnungspolitische Rahmen ist gesetzt. Diesen auszufüllen, ist Aufgabe der Tarifpartner. Gebraucht wird ein System mit starken Gewerkschaften und starken Arbeitgebern, die auf Augenhöhe verhandeln können. Neben den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen braucht die Pflegebranche aber vor allem strukturelle Verbesserungen. Die Pflegekräfte wünschen sich wieder mehr Zeit für individuelle und menschliche Zuwendung. Viele Pflegekräfte können sich nicht vorstellen, bis zur Rente in ihrem Beruf zu arbeiten.

Zeitmangel, Personalmangel, Dokumentationspflichten, starke seelische und körperliche Belastungen, hohe Krankenstände, ungünstige Arbeitszeiten und eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden hierfür immer und immer und immer und immer wieder angeführt. Diese Probleme sind seit Jahren nicht gelöst. Der Reformbedarf, die Forderungen, Wünsche und Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir haben unsere Vorschläge bereits 2019 in einer Pflegeagenda formuliert und dazu sehr viele Anträge gestellt. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und der Pflege mehr als gute Worte und Beifall geben.

Liebe FREIE WÄHLER, handeln Sie! Schauen Sie in unser Pflege-Paper! Sie finden dort die Themen Fachkräftemangel, Entbürokratisierung, Digitalisierung, Pflege neu denken und zum Beispiel auch unser Pflegebudget. Es ist Zeit zu handeln, und es ist endlich Zeit aufzuhören, darüber zu reden. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg beschreiten und nicht nur Beifall zollen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden wir die Anträge wieder trennen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/15549 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der AfD und der SPD. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion der FDP und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/15572 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie Herr Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/15550 mit 18/15555 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg und schließe hiermit die Sitzung.

(Schluss: 20:49 Uhr)